

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizey-Präsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72208 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauhaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreis: Die 10gehalt. Kolonelle 30 C.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 C.-Pfg., Familiennachrichten von Privaten die 10gehalt. Kolonelle 15 C.-Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate u. ausw.: die 10gehalt. Kolonelle 35 C.-Pfg., bei Platzvorschr. 40 C.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Deutschnationale Außenpolitik.

Die erste Verlustliste.

Der deutsche Reichstag taumelt aus einem Tumult in den anderen. Gestern kamen obendrein sensationelle Enthüllungen dazu, die geeignet waren, die an sich schon immer steigende Nervosität noch unerträglich zu machen. Als in den Mittagsstunden der Notetat zur Beratung stand, griff als zweiter Redner der Kommunisten Walter Stöcker ein. Ihm war ein Dokument in die Hände gefallen, womit die deutschnationale Presse über ihre Haltung zur Antwortnote Dr. Stresemanns instruiert wurde. Es bildet eine wirksame Illustration zu den Reden und Artikeln, die von offizieller deutschnationaler Stelle in den letzten kritischen Wochen gehalten und inspiriert worden waren.

Das Dokument offenbart die ganze Haltlosigkeit der deutschnationalen Agitationspolitik, die zwar der Logik der Entwicklung folgend, auf den Boden der Stresemannschen Verständigung trat, die aber nichtsdestoweniger von Unehrlichkeit geradezu froht. Das Dokument gipfelt in folgendem Satz:

„Neber den etwaigen Verzicht auf Elsch-Lothringen soll auch auf Anzupfungen im gegenwärtigen Augenblick möglichst nicht reagiert werden.“

Danaach sind also die Deutschnationalen bereit, ohne weiteres den Verzicht auf Elsch-Lothringen zu leisten, nur durfte das nicht offiziell in den Rechtsorganen zum Ausdruck kommen. Vor wenigen Wochen noch erklärte Westarp in einem in der Kreuzzeitung und in der Deutschen Zeitung veröffentlichten Aufsatz, daß das Memorandum Dr. Stresemanns eine Privatarbeit sei, für die das Kabinett keinerlei Verantwortung zu übernehmen habe. In den vertraulichen Richtlinien aber wurde dokumentiert, daß die Deutschnationale Volkspartei die Note als einen Akt des Gesamtkabinetts betrachte, und ihr mit „voller Verantwortung“ zustimmen müsse. Das ist ein rücksichtsloses Bekenntnis zur Außenpolitik Stresemanns, die wiederum nur die Fortführung der sozialistischen Erfüllungspolitik ist. Dieses Geständnis wurde denn auch von der gesamten Reichstagslinks durch mächtiges Gähnen kommentiert. Von der Politik deutschnationaler Phrasen ist demzufolge nichts übriggeblieben. Es seien denn die vielen Vorbehalte, die in dem Dokument gemacht werden.

In dieser Hinsicht wird der Wortlaut des Dokuments für England und Frankreich von besonderer Bedeutung sein. Obwohl die Deutschnationalen anerkennen, daß um den feierlichen Verzicht auf Elsch-Lothringen nicht herumzukommen ist, versuchen sie nichtsdestoweniger allerlei Ausschüchle zu machen. Sie kommentieren die Note, wie seinerzeit der Reichsfinanzminister Michaelis die Friedensresolution des Reichstages. Nämlich so, wie sie sie auffassen! Das gesamte Dokument ist durchzogen mit allerlei Bemerkungen, wie die Note Stresemanns als zu legen sei. An der Unverbindlichkeit des Wärfersbündensartikels 16 müsse festgehalten werden, trotz des Vermittlungsvorschlages den Stresemann in seiner Note machte. Die Instruktionen der Deutschnationalen offenbarten somit der gesamten Welt, was von der deutschen Außenpolitik zu halten ist. Das ist um so verhängnisvoller, wenn man bedenkt, daß die Deutschnationalen die größte der Regierungsparteien sind, und ihr Einfluß auf die andern Parteien des Kabinetts von Tag zu Tag steigt.

Die Echtheit des Dokuments wurde nicht abgestritten. Das war schon während der Verlesung aus dem Mienenspiel Westarps und der anderen anwesenden deutschnationalen Abgeordneten deutlich zu erkennen. Sie steckten die Köpfe zusammen, raunten sich gegenseitig etwas zu, bis sich der deutschnationale Graf selbst zum Worte meldete.

Nachdem Stöcker seine Vorlesung beendet hatte — die Redezeit war inzwischen abgelaufen — stieg Westarp die Treppe zur Rednertribüne hinauf, ohne aber bis an das Pult des Hauses heranzutreten. Seine gesamte Antwort bestand aus zwei Sätzen, nämlich daß das Dokument aus einer deutschnationalen Redaktion gestohlen sei, — was umgekehrt schon öfter vorgekommen sein soll — und daß es im übrigen nur eine Bestätigung dessen sei, was er in seiner Rede über die Außenpolitik mitgeteilt habe. Damit basta. Sein Schweigen sagte mehr, als der Wortschwall, der sonst aus deutschnationalem Munde kommt.

So war auch die Aussprache über den Notetat nicht geeignet, die Gemüter abzukühlen. Die Abstimmung über den Besatzungsbesatzungsantrag der sozialdemokratischen Partei ergab die Anwesenheit von 408 Abgeordneten. Trotz der Drohungen, die von Seiten der gesamten Rechtspresse ausgesprochen wurden, fehlte fast 1/3 des gesamten Reichstages, woraus zu verstehen ist, daß die schwänzenden Abgeordneten vor der gesamten deutschnationalen Öffentlichkeit angeprangert werden. Gestern morgen hatte der Tag die Führung an sich gerissen. Er veröffentlichte als erster die Verlustliste über die Vermittlung im Reichsparlament. Die große Mehrheit der fehlenden Abgeordneten stellen die Rechtsparteien, was sich auch durch die vorstehend bezeichnete namentliche Abstimmung ergab. Gegen die Opposition stimmten insgesamt 226 Mann. Die Regierungsparteien verfügen, wenn alle Abgeordneten anwesend sind,

allein über die absolute Mehrheit im Hause. Das Ferienfieber ist nicht einzudämmen, weswegen sich die Rechtsparteien trotz der verhaltenen Wut entsprechende Zurückhaltung auferlegen müssen. Dazu kommt, daß der linke Flügel des Zentrums den angestrebten Gewaltmaßnahmen zu widerstreben scheint, was sich aus der nachfolgenden Äußerung der Germania ergibt:

Der Lokalanzeiger von gestern abend trat ebenfalls für „weitschärfere Kampfmethoden“ ein. Von diesen schärferen Kampfmethoden können wir uns wenig Gutes versprechen. Ganz abgesehen davon, daß sie der Sozialdemokratie einen billigen und sehr guten Agitationsstoff geben, widersprechen die von den Rechtsblättern beschriebenen Recepte keinesfalls den Interessen des deutschen Volkes, das sich den Luxus einer noch verhängnisvoller parteipolitischen Zerküftung nicht leisten kann. Wir verlangen, daß sich die Opposition in den Grenzen des ihr zustehenden Rechtes hält, wir verlangen aber auch, daß das Recht nach allen Seiten hin voll gewahrt wird. Es ist nämlich nicht angenehm, zu jedem Paragraphen der Steuerergesse Oppositionsreden zum Fenster hinaus anhören zu müssen. Aber man hüte sich vor Gewaltmaßnahmen und vor einer Mundtotmachung der Opposition, wie sie offenbar von gewisser Seite gewünscht wird. Wir haben nicht nur Schanzmacher auf der Linken, es gibt auch solche Exemplare auf der Rechten, denen eine Verschärfung der Gegenläufe nur recht wäre.“

Bisher freilich ist die Linke im Zentrum noch immer zusammengeklappt. Er fragt sich demzufolge nur, ob die Regierungsparteien ihre Leute zusammenzuhalten imstande sind, um mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen. Von den 10 Steuerergesse sind bis zum Freitagabend erst drei erledigt und wenn es gut geht, wird das Bewertungsgesetz in den Nachtstunden des Freitag noch aufgearbeitet werden.

Inzwischen bleibt Gen. Moses der gesundheitliche Hüter des Hauses. Neben der Vermittlungzentrale in den deutschnationalen Redaktionen wird er nächstens einen Verbandsplatz im Reichstage schaffen, auf dem die verteilenden Nervenbündel gesammelt werden sollen. Für solche Abgeordnete, die glauben, in absehbarer Zeit zusammenzubrechen, sollen Buns auf je ein Glas Kognak im voraus verabfolgt werden. Und Moses erklärt, daß sich bereits viele gemeldet haben. ... Vielleicht wird aber eben dadurch der Verbandsplatz in den Abendstunden überfüllt, da erfahrungsgemäß gerade auf der rechten Seite zahlreiche Mitglieder diese Medizin ohne ärztliche Verordnung zu sich nehmen.

Deswegen unterstützen wir die Anregung der Kommunisten, den Rechtstag vorderhand trocken zu legen, vielleicht finden die medizinischen Künste des Gen. Moses andere Mittel und Wege, um die überreizten Nervenbündel zu beruhigen. Andernfalls dürften die Abendstunden immer stürmische Auswüchse zur Folge haben.

Fortsetzung der Steuerdebatte.

Berlin, 1. August.

Der Reichstag begann heute, wie vorgeesehen, seine Sitzungen kurz nach zehn Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Bewertungsgesetzes. Die Debatten gingen in der Weise fort, wie sie in den letzten Tagen geführt worden sind, ohne daß sie irgendwie aufregende Momente ergeben hätten.

Wechsel im Transfer-Ausschuß.

Berlin, 31. Juli.

Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt mit, daß Albert Janßen auf seine Stellung als beghlges Mitglied des Transfer-Ausschusses verzichtet habe, da er den Posten als belgischer Finanzminister übernommen habe. An Stelle von Janßen wurde René Tilmont, Direktor der Belgischen Nationalbank, zum belgischen Mitglied des Transfer-Ausschusses ernannt. Er hat den Posten bereits angetreten.

Auch Belgien verlangt die Einfuhrabgabe.

U. Berlin, 31. Juli.

Die Börsenzeitung meldet aus Brüssel: In der Kammerführung teilte am Donnerstag der Arbeitsminister mit, daß die belgische Regierung nach dem Vorbilde Frankreichs und Englands die Einführung einer 20prozentigen Einfuhrabgabe auf die deutschen Waren für Reparationszwecke plane. Die 20prozentige Abgabe sei bisher nicht eingeführt worden, weil die vorangegangenen Regierungen eine solche Abgabe als Tauschobjekt nicht ins Auge gefaßt hätten.

Die Ruhräumung vollzogen.

Mit Ausnahme der Sanktionsstädte.

U. Essen, 31. Juli.

Die letzten französischen Truppen haben heute nachmittags mit klingen dem Spiel das Ruhrgebiet verlassen und sind in der Richtung Lindau und Germersheim (Pfalz) verladen worden. Damit ist das Ruhrgebiet mit Ausnahme der Sanktionsstädte vollständig geräumt.

SPD. Essen, 31. Juli.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die in der Presse verbreitete Meldung, daß die Besatzungsbehörden in dem nunmehr geräumten Gebiet Polizeikontrollorgane zurückgelassen haben, unzutreffend. Das gesamte Ruhrreinmarschgebiet gilt nach Mitteilung der zuständigen Militärbehörde als besatzungsfrei.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung.

Von Gust de Munnid, Antwerpen.

Es ist zu wiederholten Malen ausgesprochen worden, daß der amerikanische Gewerkschaftsbund in seinem Wesen konservativ ist und daß die ihm angeschlossenen Gewerkschaften über reine Lohnbewegungen, getragen von einem „Lohnbewußtsein“, wie das ein Amerikaner genannt hat, nicht hinausgehen. Trotz dieses Konservatismus, trotz der hundertprozentig amerikanischen und patriotischen Einstellung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, trotz seines Bündnisses mit der Nationalen Bürgerföderation und ungeachtet dessen, daß er den Kommunismus und Syndikalismus auf Schritt und Tritt bekämpft, wird der Gewerkschaftsbund von den amerikanischen Unternehmern gehaßt, das in seinem Kampf gegen die Gewerkschaften keine Skrupel kennt.

Diese Feindschaft hat viele Gründe, von denen wohl der wichtigste ist, daß die Gewerkschaften durch die bloße Tatsache ihrer Existenz den Einfluß des Unternehmertums beschränken, oder zum mindesten bestrebt sind, ihn einzudämmen. Diese Feindschaft findet weiter ihre Begründung darin, daß die Gewerkschaften das Recht des einzelnen Industriearbeiters, mit seiner Arbeitskraft das zu tun, was ihm beliebt (wie die alte Forderung der klassischen Nationalökonomie lautet), vertreten, daß sie sich dem Stücklohnsystem widersetzen und die Bestrebung erkennen lassen, in der Produktionsleitung an die Stelle der Unternehmer zu treten.

Diese Argumente gegen die Gewerkschaften sind in Europa nicht weniger verbreitet, als in den Vereinigten Staaten. In den beiden Kontinenten dulden die Unternehmer die gewerkschaftlichen Organisationen nur, weil sie es müssen. Das besagt natürlich nicht, daß sich die Unternehmer nun etwa mit einer platonischen Vertretung ihrer Argumente gegen die Gewerkschaftsbewegung begnügen. Sie widersetzen sich der Gewerkschaftsbewegung, weil diese den Grundlag ihrer „individuellen Freiheit“ antastet, sie widersetzen sich ihr, um sie besser zu bekämpfen und haben sich deshalb zu einer Nationalen Assoziation der Unternehmer zusammengeschlossen. Letzteres ist wohl vom Standpunkte der Wahrnehmung „individueller Freiheiten“ nicht ganz logisch, liegt aber durchaus im Interesse der Unternehmer. Und dieses geht eben voran.

Diese Nationale Vereinigung der Unternehmerschaft versteht ihre Mitglieder mit allen notwendigen Informationen über die Lage des inneren und äußeren Marktes, über den jeweiligen Stand der Industrie, des Arbeitsmarktes usw. Eine ihrer Abteilungen nennt sich „Abteilung für die offene Werkstatt“. Unter „offener Werkstatt“ wird in Amerika ein Betrieb verstanden, in dem die Arbeiter nicht organisiert sind. Er unterscheidet sich darin von der sogenannten „geschlossenen Werkstatt“, in der nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften alles ins Wert legen, um dem Grundlag der geschlossenen Werkstatt zur Durchführung zu verhelfen, während die Unternehmerorganisationen sich zum Bannerträger der Bewegung für die offene Werkstatt machen.

Auf beiden Seiten wird alles versucht, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Vorteile in diesem Kampfe liegen meistens auf Seiten der Unternehmer, nicht nur, weil sie über eine Presse verfügen, die infolge der Gemeinsamkeit der Interessen mit Begeisterung den Unternehmerstandpunkt verteidigt, sondern in noch höherem Maße, weil sie die Mehrzahl der gesetzgebenden Körperschaften und die richterliche Gewalt in den verschiedenen Staaten der Republik in ihren Händen haben. Hieraus erklären sich die mannigfachen Gesetze gegen die Gewerkschaften und die richterlichen Verfügungen, die den Gewerkschaften die Organisation der Arbeiter in diesem oder jenem Betriebe unterlagen. W. J. Foster, der führende Organisator des großen Streiks in der Stahlindustrie im Jahre 1919, berichtet in seinem beachtlichen Buche „Der große Stahlstreik und seine Lehren“, wie die staatliche Autorität, die bewaffnete Macht, kurz, die gesamte Machtvollkommenheit des Staates im Dienste des Unternehmertums steht. Ein beliebtes Argument der Unternehmer ist, daß die Gewerkschaftsbewegung unpatriotisch, antiamerikanisch sei und von — sozialistischen Elementen beherrscht werde.

In seinen Streitschriften versichert der Unternehmerverband, daß seine Mitglieder die größte Freundschaft für ihre Arbeiter hegen. Sie wollten sie nur von der tyrannischen Herrschaft des Gewerkschaftsbundes befreien. Das alles wird umrahmt von wiederholten Appellen an die amerikanischen Bürger, die die Freiheiten der amerikanischen Verfassung vor jeder Verletzung bewahren mögen. Dann wird dem staunenden Publikum erklärt, was ein Streik eigentlich sei. Ein Streik bedeute den Krieg, einen überaus grausamen Krieg, die Unternehmer aber seien Pazifisten, sie bekämpften den Krieg (soweit sie natürlich nicht unmittelbar an Kriegsvorbereitungen interessiert sind), die Kriege müßten verschwinden. Um wieviel mehr gelte das also für die Streiks!

Daß es einen Stahlstreik gibt (von anderen Unternehmervereinigungen, die im Gegensatz zu den amerikanischen Gesetzen bestehen, schon gar nicht zu reden), daß dieser Stahlstreik über mehr als 400 000 Arbeiter eine diktatorische Gewalt ausübt, daß er seinen Arbeitern die elementarsten